

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen einschließlich 4 Uhr. Abonnements monatlich 2,- RM. Einzelhefte 10 Pf. Die Anzeigenpreise sind nach dem Tarif des Reichsanzeigers zu ersehen. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Telefon 111. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 10. Die Anzeigenpreise sind nach dem Tarif des Reichsanzeigers zu ersehen. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Telefon 111. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 10.



Wagenpreise laut geltendem Tarif Nr. 4. — Nachmittags-Beilage: 20 Pf. — Morgens-Beilage: 20 Pf. — Anzeigenpreise sind nach dem Tarif des Reichsanzeigers zu ersehen. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Telefon 111. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 10.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 141 — 94. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 20. Juni 1935

Beitrag zum Frieden Europas.

Seit der Rede des Führers und Reichskanzlers im Reichstag am 21. Mai, in der er die 13 Punkte zur Befriedung Europas und Begrenzung der Rüstungen aufstellte, hat sich die Welt dem Zwange, den ihr diese 13 Punkte auferlegt haben, nicht entziehen können. Seitdem hat sich eine Wende in der europäischen Politik vollzogen, und es gibt wohl keinen Staat mehr, der heute nicht offen bekennen müßte, daß Deutschland wieder der Drehpunkt der europäischen Politik geworden ist, nachdem Adolf Hitler der deutschen Nation die Gleichberechtigung erkämpft und die deutsche Ehre in der Welt wiederhergestellt hat. Man hat erkennen müssen, daß Adolf Hitler, der Staatsmann, der der Politik der offenen Sprache das Wort redet, seinen Worten auch Geltung zu verschaffen versteht. Er hat die Epoche einer neuen politischen Taktik eingeleitet in bekämpfter Weise von den bisherigen diplomatischen Gepflogenheiten, die sich in langen Konferenzen und fruchtlosen Erörterungen erschöpften. So wie Adolf Hitler die deutschen Forderungen kühl und nüchtern verkündet, so erwartet er auch von den anderen, daß sie ebenso vorbehaltlos ihre Auffassung bekanntgeben. In seiner politischen Taktik bewahrt er sich das Wort, daß Männer Politik machen, und mit seinen großen Erfolgen hat er die Methode jener Diplomaten, die große Konferenzen als einzig geeignet betrachten, um Fragen der Politik zu klären, als falsch widerlegt.

Adolf Hitler ist der Realpolitiker, für den nichts anderes gilt, als die Tatsache. Seine erste realpolitische Tat in der Außenpolitik war der Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens. Damals horchte die Welt zum erstenmal auf, ohne ganz zu verstehen, was dieses Abkommen bedeutet. Immerhin erkannte sie, daß hier zwei Staaten, in denen man unversöhnliche Gegner sehen wollte, zueinander gefunden haben. Und dies Zusammenfinden war nur möglich, weil auf beiden Seiten ein harter Wille zur Verständigung vorhanden war. Und das ist das Kennzeichen der nationalsozialistischen Außenpolitik: der unbedingte Wille, dem Frieden Europas zu dienen. Wo sich ein Partner findet, der den gleichen Mut und den gleich starken Willen ausstrahlt, da wird er mit dem neuen Deutschland Adolf Hitlers zur Verständigung gelangen. Der verstorbene Marshall Bilsudski war so ein Mann. Ein rechter Realpolitiker, ein Mann von nüchternen Überlegung und ein Mann von Mut und eisernem Willen. Hier Hitler, dort Bilsudski, das waren die beiden Helfer, auf denen das deutsch-polnische Abkommen aufgebaut wurde.

Das Flottenabkommen mit England ist die zweite große außenpolitische Friedensstat des neuen Deutschland. Die Engländer sind immer kühlere Rechner und nüchternere Verhandlungsmenschen gewesen. Wenn sie in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem Flottenabkommen mit Deutschland gelangten, so ist das das beste Zeichen dafür, daß die englischen Politiker die Grundzüge der nationalsozialistischen Außenpolitik verstanden haben und zu würdigen wissen. Es ist unbestreitbar ein großer Erfolg des Führers, daß England seine Vorschläge, die er in seiner großen historischen Reichstagsrede vom 21. Mai gemacht hat, vorbehaltlos angenommen hat. Wir erinnern uns des Teiles der Rede, in dem der Führer und Reichskanzler die englische Seeherrschaft anerkannte und zum Ausdruck brachte, daß Deutschland nicht mehr fordere als die notwendige Sicherung seiner Grenze. Hitler hat damit ganz offen und bestimmt eine Flottenparität mit England aus der deutschen Politik von vornherein ausgeschlossen. Er hat zur nationalen Sicherung die maßvolle Forderung von 35 v. H. der englischen Flotte gestellt und als Voraussetzung für die deutsch-englische Verständigung bezeichnet. Daß die Engländer diese deutsche Forderung anerkannt haben, ist ein Beweis, daß auf Grund der 13 Punkte Adolf Hitlers die Brücke zur Verständigung in Europa geschlagen werden kann.

Die englischen Politiker haben den Wert der Hitler-Erklärung im Reichstag sofort erkannt, und sie haben ohne langes Besinnen in die ihnen gebotene Hand eingeschlagen. Ihr schnelles Zugreifen hat die Verständigung erleichtert und hat anderen Nationen Europas ein vorbildliches Beispiel gegeben. Das Flottenabkommen ist nur ein Anfang. Denn nunmehr ist der Weg vorgezeichnet, der zu einem sicheren Frieden in Europa führt, einen gesicherten jedenfalls, als ihn das ganze Völkerverband, das namentlich Frankreich nach dem Kriege aufgebaut hat, zu gewährleisten vermag. Für die Zukunft bleibt der Satz Adolf Hitlers aus seiner Rede im Reichstag bestehen: „Die deutsche Regierung ist bereit, an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen unerlöser Rüstungen führen können.“ — Bei den anderen Staaten liegt es, dem Beispiel Englands zu folgen. Sie dienen dem Frieden Europas nicht mehr damit, als wenn sie sich in neidvoller und fruchtloser Kritik an dem deutsch-englischen Abkommen verausgaben.

Der Erste Lord der englischen Admiralität zum deutsch-englischen Flottenabkommen.

London, 19. Juni. Der erste Lord der Admiralität, Sir Vektor Cores-Monjell, hielt am Mittwochabend im englischen Rundfunk eine Rede über den deutsch-englischen Flottenvertrag. Er führte u. a. aus: Die meisten Engländer wissen, daß die internationalen Verträge, auf die sich die Flottenbauten in den letzten Jahren gründeten, Ende 1936 ablaufen. Diese Verträge verhinderten ein Flottenrüstungsrennen und die damit verbundenen riesigen Ausgaben und, da sie den beteiligten Ländern gleiche Sicherheit gewährten, bedeuteten sie einen großen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Aus diesen Gründen ist die britische Regierung ernstlich bemüht, einen neuen Vertrag einer allgemeinen Flottenbegrenzung zu Stande zu bringen, und seit Monaten haben wir in dieser Richtung gearbeitet. Die Schwierigkeiten, einen solchen Vertrag zu Stande zu bringen, sind ungebauer. Sie gleichen einem Zusammenspielen, bei dem es sich bisher als unmöglich erwiesen hat, die einzelnen Stücke zusammenzuführen.

Jetzt sind wir zum ersten Male in der Lage gewesen, zwei wichtige Stücke zusammenzuführen, und wir glauben, daß der gute Anfang es jetzt vielleicht leichter machen wird, auch die verbleibenden Stücke dieser verwinkelten Probleme zusammenzuführen.

Die Rede des deutschen Kanzlers vom 21. Mai, in der Deutschland seine Absicht bekanntgab, sich freiwillig auf eine Flottenstärke von 35 v. H. der Flotten der britischen Weltmächte zu begrenzen, bot einen entgegengesetzten und konträren Ausgangspunkt für die künftige Flottenbegrenzung. Wir erachteten es insofern als unumgänglich, den Vorschlag sobald wie möglich mit Vertretern Deutschlands zu erörtern, um seine volle Auswirkung und genaue Bedeutung festzustellen. Schon bald nach Beginn der Besprechungen, die in einzelnen Fragen noch andauern, kamen wir zu dem Schluß, daß der Vorschlag ein Beitrag von größter Bedeutung für die Sache der künftigen Flottenbegrenzung sei und daß er den Abschluß eines allgemeinen Abkommens über die Frage der Flottenbegrenzung zwischen allen Flottenmächten der Welt erleichtern würde. Wir haben ihn deshalb angenommen. Das Verhältnis von 35 v. H. ist ein dauerndes, d. h. die deutsche Flotte wird 35 v. H. der britischen Flottenstärke niemals übersteigen, gleichgültig, ob diese Streikkräfte vertraglich begrenzt sind oder nicht. Die Welt ist daher, soweit es sich um Deutschland handelt, von der Furcht eines neuen Flottenwettrennens befreit.

Deutschland wird sich an dieses Flottenverhältnis ungedacht aller Neubauten halten, die andere Nationen vielleicht in Angriff nehmen. Diese Erklärung der deutschen Regierung ist es, die die Regelung zu einem so wertvollen Beitrag zum allgemeinen Problem der Flottenbegrenzung macht; denn sie bedeutet, daß sich Deutschland dem Flottenwettbewerb nicht nur mit England, sondern auch mit anderen Staaten enthält, und wir geben uns der großen Hoffnung hin, daß diese Erklärung die Nation von jedem Gedanken eines Wettbewerbes im Flottenbau befreien möge.

Deutschland hat ferner eingewilligt, daß die Berechnung der Flottenstärke nach Schiffsklassen vorgenommen wird. Dies schafft sofort Klarheit und beseitigt die Unklarheiten, die untrennbar mit einem System der Begrenzung verbunden ist, daß sich einzig und allein auf einer Gesamttonnage gründet. Natürlich sind Bestimmungen für gewisse Abweichungen bei der genauen Berechnung der Tonnage nach Schiffsklassen getroffen, um das Abkommen praktisch durchführbar zu machen.

Wie in der Rede des deutschen Kanzlers vom 21. Mai zum Ausdruck gebracht ist, stimmt Deutschland mit England darin überein, daß die Unterseeboote abgeschafft werden sollten. Es ist indessen wohl bekannt, daß einige Länder mit diesem Vorschlag nicht einig gehen, und es ist unwahrscheinlich, daß der Vorschlag zur Zeit verwirklicht werden kann. Unter diesen Umständen muß Deutschland, falls es die Gleichheit des Status mit allen anderen Mächten haben soll, für das Recht zum Bau von Unterseebooten bestehen, und da in den bestehenden Flottenverträgen andere Länder das Recht zur gleichen Stärke mit England in dieser Schiffsklasse haben, muß Deutschland ein ähnliches Recht besitzen. Nichtsdestoweniger hat Deutschland zur Zeit freiwillig die Ausübung dieses Rechtes begrenzt, indem es sich verpflichtet, 45 v. H. der englischen Unterseebootsstärke nicht zu überschreiten. Falls in Zukunft im Hinblick auf irgend eine Veränderung in der Weltlage zum Nachteil Deutschlands die deutsche Regierung diesen Prozentsatz zu überschreiten wünscht, kann sie dies nur nach einer freundschaftlichen Aussprache mit England tun. Uebrigens wird die ganze deutsche Unterseebootsstärke stets innerhalb der Gesamttonnage liegen, die aus dem Verhältnis von 35 v. H. errechnet

ist, d. h. die deutsche Regierung wird das Recht, mehr als 35 v. H. der englischen Unterseebootsstärke zu bauen, nur auf Kosten der Tonnage in irgend einer anderen Schiffsklasse ausüben.

In den Besprechungen, die in dieser Woche fortgesetzt werden, arbeiten die Flottensachverständigen die praktische Anwendung des Abkommens in Gestalt von Bauprogrammen aus, und es ist unsere zureichende Hoffnung, daß wir als Ergebnis dieses Abkommens in der Lage sein werden, zu weiteren Besprechungen mit anderen Mächten zu schreiten mit dem Ziel, allgemeine Abmachungen über die Gestalt und die Einzelheiten der Flottenbegrenzung für die Zukunft zu erzielen.

Der deutsche Kanzler, der die besonderen Flottenverantwortlichkeiten Englands anerkennt, hat nach seinem eigenen Willen die Stärke der deutschen Flotte für alle Zeit auf 65 v. H. unter der Stärke der englischen Flotte begrenzt. Die Admiralität ist der Meinung, daß England, wenn es dieses Angebot zurückgewiesen hätte, eine schwere Verantwortung auf sich geladen hätte. Sie ist überzeugt, daß England mit dem Abschluß dieses Abkommens etwas vollbracht hat, das sich zum Segen nicht nur für England, sondern für alle Länder auswirken und unter Umständen wesentlich dazu beitragen wird, die friedlichen Beziehungen in der ganzen Welt zu fördern.

Adolf Hitlers Beitrag zum Frieden.

Berlin, 20. Juni. Unter obiger Überschrift weist der „Völkische Beobachter“ darauf hin, daß die deutsch-englische Flotteneinigung von der Presse der ganzen Welt als ein weltgeschichtliches Ereignis von höchster Bedeutung ausführlich gewürdigt wird. Als bemerkenswerteste Tatsache des Lebens der internationalen Presse kann, so schreibt das Blatt, heute festgehalten werden, daß die Völker mehr und mehr das überragende staatsmännische Genie des deutschen Führers Adolf Hitler zu würdigen beginnen und die Bedeutung verstehen lernen, die die verantwortungsbewusste Friedenspolitik des Führers für den ganzen Kontinent hat. Der „Völkische Beobachter“ fährt dann fort: „Das nationalsozialistische Deutschland kann heute mit Genugtuung auf den bisher zurückgelegten Weg seines außenpolitischen Kampfes zurückblicken, und es sieht heute mehr denn je in Treue und Dankbarkeit auf seinen Führer, dessen innere Größe und geistige Ueberlegenheit, dessen Zielstrebigkeit und unbedingte Kraft Deutschlands von einem zweifelhaften Staat zum gleichberechtigten und gleichberechtigten Partner der Weltpolitik gemacht hat. Wenn die ausländische Presse heute das Flottenabkommen einen Sieg Adolf Hitlers nennt, so ist gerade diese Feststellung für das deutsche Volk die höchste Ehre, und es weiß, daß der Mann, in dessen Händen sein eigenes Geschick sicher ruht, auch den Weg zeigen wird, um ganz Europa den Frieden zu bringen.“

Fortsetzung der Sachverständigenbesprechungen in London.

Am Mittwoch wurden, wie aus London gemeldet wird, in der Admiralität die Besprechungen zwischen den deutschen und den englischen Flottensachverständigen über die noch offenen stehenden technischen Fragen fortgesetzt.

Außenminister Hoare beantwortet eine Frage im englischen Unterhaus.

Der britische Frontkämpferbesuch in Deutschland. Der bevorstehende Besuch britischer Frontkämpfer in Deutschland wurde am Mittwoch im englischen Unterhaus in der Fragezeit kurz behandelt. Der arbeitgeberparteiliche Abgeordnete Deben wollte wissen, ob die Aufmerksamkeit des Außenministers auf diesen Besuch gerichtet worden sei, ob der Vorschlag die Billigung der britischen Regierung finde, und ob schließlich der Vorschlag mit Wissen und Zustimmung der britischen Regierung gemacht worden sei. Außenminister Hoare bejahte den ersten Teil der Frage und erklärte hinsichtlich des zweiten und dritten Teiles, die britische Regierung sei schon immer der Ansicht, daß es die Politik der British Legion sei, freundschaftliche Beziehungen zu den entsprechenden Verbänden in anderen Ländern herzustellen. Die Regierung sehe die Besuchsfrage als eine Angelegenheit an, die einzig und allein die Organisationen der ehemaligen Kriegsteilnehmer angehe.